



Im Visier der Mehrheitsgesellschaft

Position ➔ Zum neuen, eruptiven Rassismus gegenüber Muslimen

Das politische Klima gegenüber Migranten mit muslimischem Hintergrund in Deutschland hat sich verschlechtert. Der neue Rassismus der politischen Mitte kleidet sich in kulturalistische und essentialistische Debatten.

Lange Jahre konnte man den Bürgern in Deutschland vieles vorwerfen, nur nicht, sie seien islamfeindlich. Die Xenophobie der achtziger und der neunziger Jahre richtete sich nicht gegen Muslime als solche. Rechtsradikale Übergriffe trafen (katholische) Angolaner, Roma und Sinti, Obdachlose, Angehörige von Subkulturen oder (säkulare) Türken ebenso wie Polen und Araber. Selbst nach den Schockereignissen vom

blauäugig, dass sie die Herausforderung totalitärer islamistischer Bewegungen über Jahrzehnte kaum wahrnehmen wollten.

Stufen einer eruptiven Verbreitung islamophober Einstellungen

Heute ist vieles anders. Die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 durch einen Islamisten führte nicht nur bei unseren Nachbarn zu einer »moralischen Panik«, wie der niederländische Publizist Geert Mak die eruptive Verbreitung islamophober Einstellungen nennt. Dem Entsetzen über die Tat folgte auch in Deutschland eine entgrenzte Debatte, die hysterische Züge trägt. Im Zentrum steht nicht so sehr das Interesse an mehr Kenntnissen über radikal-islamistische Gruppen, sondern allgemein der Islam. Seit 2005 werden Muslime recht pauschal als Gefahr für den inneren Frieden beschrieben.¹ Muslime, so scheint es, sind kein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft mehr, sondern ein Fremdkörper und ein Sicherheitsrisiko. In schriller Tonlage wurde vielstimmig über Islam, Islamismus, EU-Beitritt der Türkei, Muslime, Zwangsheirat, Parallelgesellschaften, Frauenunterdrückung, islamisierten Antisemitismus und das Ende der multikulturellen Gesellschaft debattiert.

Die Erregung steigerte sich in eine Hysterie, als die junge Berlinerin Hatun Sürücü im Februar 2005 von einem ihrer Brüder erschossen wurde. Die Tragödie in einer kurdischen Familie bewegt bis heute die Öffentlichkeit und wird eng mit dem Islam verknüpft. Obgleich der Mord von der überwältigenden Mehrheit der Muslime und ihrer Organisationen klar verurteilt wird, fragen sich



Sündenbock: Seit einigen Jahren ist ein neuer Rassismus gegen Muslime zu beobachten, der sich an existierenden Problemen vorbei in »moralischen Paniken« äußert.

11. September 2001 stand in Deutschland das Werben um Toleranz in der Mehrheitsbevölkerung zunächst im Vordergrund. Anders als in England oder in den Niederlanden kam es hierzulande kaum zu Übergriffen gegenüber Muslimen. Falls doch einmal islamfeindliche Stimmungen aufflackerten, waren Politik und Medien ein verlässliches Korrektiv. Die Bundesbürger waren in ihrem Bemühen, den Islam zu verstehen, bisweilen so

1) S. dazu auch den Artikel auf S. 4 f. in dieser Ausgabe.

antifaschistisches pressearchiv und
bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und
nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen ihn
zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991
über die extreme Rechte. Unsere Infor-
mationen stehen allen Personen und
Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt
sind wir an Euren Einschätzungen und
Erfahrungen interessiert. Gerne verein-
baren wir einen Austausch oder nehmen
Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser
Archiv bereit, das eines der größten
dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen
über rechte Publikationen, Videos, CDs
u.a.m. Diese Primärquellen werden
ergänzt durch eine Datenbank, in der
Presseveröffentlichungen seit Anfang
der 90er Jahre erfasst sind, eine
umfangreiche Präsenzbibliothek, ver-
schiedene Sondersammlungen sowie
antifaschistische Publikationen aus
ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog
(siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als
40 Vorträge und Seminare aus diversen
Bereichen, für die ReferentInnen bei
uns angefordert werden können. Zu
bestimmten Themen haben wir Refe-
rentInnen-Koffer erstellt, die die eigen-
ständige Durchführung von Veranstal-
tungen ermöglichen, oder halten wir
Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit
verwerten wir nicht nur im monitor, son-
dern auch in Broschüren, Pressemitteilun-
gen, Handreichungen und sonstigen
Publikationen. Diese und weitere Materi-
alien findet ihr unter www.apabiz.de.



Verfassungsschutz schlecht informiert

Berlin • Der im März vorgestellte Berliner Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 verschweigt mehrere Neonazi-Konzerte, die alle im März im Club ASGARD stattgefunden haben. Nach Informationen des *apabiz* fanden dort während des ganzen Jahres 2005 rechte Black Metal-Konzerte vor einschlägigem Publikum statt. Eines dieser Konzerte wurde von der Berliner Polizei im Sommer mit einer Razzia verhindert. Selbst nach dieser Aktion fanden in der landeseigenen Immobilie weitere Konzerte statt.

Der illegal betriebene Club soll nach Angaben des Bezirkes längst geschlossen sein, da das Pachtverhältnis gekündigt wurde. Doch auch für dieses Jahr kündigen die Betreiber auf ihrer Homepage bereits weitere Konzerte an. Warum die Konzerte des Jahres 2005 nicht im Bericht der Innenbehörde auftauchen, ist unklar.

Entweder interessieren sich die Behörden nicht für rechte Subkulturen und jagen immer noch den in Berlin kaum noch existenten rechten Skinheadstrukturen nach, oder sie wussten schlicht und einfach nichts von dem eifrigen Konzertbetrieb. ◀

Unerwünschte Kitahelfer

Strausberg • Mitglieder der Neonazigruppe MÄRKISCHER HEIMATSCHUTZ (MHS) haben erfolglos versucht, sich als ehrenamtliche Helfer in einer Strausberger Kita anzudienen. Nach einem Bericht der Märkischen Oderzeitung hätten fünf MHS-Mitglieder Anfang April bei der AWO-Kita »Spatzennest« vorgespochen, um unentgeltlich bei einer Renovierungsaktion mitzuhelfen. Die Geschäftsführung lehnte eine Zusammenarbeit mit dem MHS jedoch rundweg ab. Man wolle den Neonazis nicht behilflich sein, sich ein bürgerfreundliches Saubermann-Image zuzulegen, äußerte sich die AWO. Der 2001 gegründete MHS ist ein Kameradschaftsverbund, der vor allem in Nordwest-Brandenburg und in Berlin aktiv ist. ◀

Klage des Stocker-Verlags abgewiesen

Graz (Österreich) • Das Landesgericht Graz hat kritische Äußerungen über Publikationen des renommierten STOCKER-VERLAGES als »zulässige Werturteile« eingestuft und unter den ▶



Ausgeblendet: Das in aufgeregten Debatten erscheinende Feindbild lässt keinen Raum für Differenzierungen.

nun viele Deutsche: Wie kann es sein, dass mitten in Deutschland Musliminnen im Namen der Ehre gefangen gehalten, misshandelt, zwangsverheiratet und getötet werden?

Schwere Geschütze werden aufgefahren. Der Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), machte zum Beispiel im März 2005 in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT eine »Mafia der Gutmenschen« und »sozial-romantischen Multikulti-Träumer« für die gescheiterte Integration verantwortlich. Ein Vorwurf, der inzwischen hundertfach in Medien wie Focus, Spiegel, FAZ, Die Welt, taz und zahlreichen Talkshows ventiliert wurde. Unterstützt wird Buschkowsky unter anderem von der in Berlin lebenden Soziologin Necla Kelek. Ihr Vorwurf: Die »liberalen Deutschen« hätten aus Angst, als Rassisten zu gelten, unhaltbare Zustände in den türkischen beziehungsweise muslimischen Gemeinden kritiklos hingenommen. Diese etwas schlichte Analyse erwies sich als Talk-Show-kompatibel und damit stilprägend.

Neuer Rassismus hinter einer Anti-Multikulti-Debatte

Der Anti-Muslim-Diskurs wird Woche für Woche mit scheinbar neuen Fakten unterfüttert. Nachdem Anfang April die Lehrer der Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln vor ihren Schülern kapituliert hatten, schlug erneut die Stunde der groben Vereinfacher: In einem Zeitungsessay stellte Volker Kauder, Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, fest, »wie sehr sich die Realität gerade in Großstädten von der nai-

ven Vorstellung multikultureller Straßenfestromantik entfernt hat, die für eine bestimmte politische Richtung in Deutschland lange prägend war.« Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber sekundierte, die »blauäugige Multikulti-Gesellschaft« sei »komplett gescheitert«. Und Friedbert Pflüger, Spitzenkandidat der CDU bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl in Berlin, forderte den Abschied von der »Staatsreligion Multikulti«.

Hinter der aktuellen Anti-Multikulti-Debatte ist unschwer ein neuer Rassismus der Mittelschichten zu erkennen. Es ist kein völkischer mehr wie in den achtziger Jahren. Damals durften »ehrbare« Personen, wie Prof. Dr. HELMUT SCHRÖCKE, Mitunterzeichner des »Heidelberger Manifestes«, für eine bürgerliche Leserschaft noch Sätze wie folgende schreiben: »Völker sind (kybernetisch und biologisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden.«² Heute verkleidet sich der Rassismus der Mitte in kulturalistische und essentialistische Diskurse über Ehrenmorde, Zwangsheirat und den Islam. Getreu dem Motto: Wir, die aufgeklärten, pluralistischen Deutschen und ihr, die rückständigen, antidemokratischen Troublemaker. Eine moralische Überlegenheit wird konstruiert, indem das Wilde, Barbarische, Unzivilisierte, Rückständige, Gewalttätige nach außen verlagert wird. Wachsender Antisemitismus, die Pisa-Katastrophe und Bildungs- und Sprachmiserie, Homophobie, Gewalt in der Familie und in Beziehungen, affektive männliche Sexualität – das alles wird mit wachsender Lust auf Türken, Araber beziehungsweise die Muslime projiziert.

Die Schiefelage der Debatte – auch bei den Informationseliten

Dabei wird Nahliegendes übersehen: Nicht Berlin-Kreuzberg leidet unter so genannten national befreiten Zonen, sondern weite Teile des Osten Deutschlands. Nicht in Berlin-Wedding stoßen gleichgeschlechtliche Lebensweisen auf die größte Ablehnung, sondern in den nahezu ausländerfreien Dörfern und Kleinstädten. Antisemitismus ist keine Erfindung muslimischer Jugendlicher, sondern nach wie vor tief in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert.

Bei der Diskussion rund um die Rütli-Schule konnte die Schiefelage der Debatte des gesellschaftlichen Mainstreams beispielhaft verfolgt werden. Während sich die ganze Nation wieder einmal über die Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher erregte und wortgewaltig mangelnde Integrationsbereitschaft der Einwanderer beklagte und während starkdeutsche Politiker mit Abschiebung drohten, hisste zeitgleich ein

2) S. Frankfurt Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 1980.



Lehrer-Kollegium in Gardelegen (Sachsen-Anhalt) wegen Bedrohungen durch Schüler die weiße Fahne. Doch außer der taz interessierte das kaum jemanden im Land.³ Der Grund dafür ist schnell ausgemacht: Der Anteil der Migrantenkinder in Neukölln beträgt 87 Prozent, in Gardelegen null Prozent.

In den zurückliegenden fünfzig Jahren hat sich Deutschland mühsam von der Vorstellung einer ethnisch homogenen Nation verabschiedet. Nun konstruiert sie in aufgeregten Debatten eine kulturelle Identität, die im Augenblick vor allem von den muslimischen Einwanderergruppen bedroht scheint. Für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ist das keine beruhigend Perspektive.

Und noch etwas ist neu seit mehr als einem Jahr. Kulturalistische und polarisierende Stereotypen werden – anders als in der Vergangenheit – weniger von populistischen Politikern verbreitet, sondern vor allem von der so genannten Informationselite. Nimmt man deren publizierten Beschreibungen ernst, ergibt sich für Deutschland folgendes Bild: Das Land wird von Türken und Arabern bewohnt, die sich weigern, Lesen und Schreiben zu lernen, ihre Töchter zwangsverheiratet und mit Mord und Totschlag für die Errichtung eines Gottesstaates in ihren Parallelwelten kämpfen. Politisch, so wird nahe

gelegt, kann es nur darum gehen, die Sache schnell in den Griff zu bekommen, bevor der offene Bürgerkrieg ausbricht.

Fazit

Das hier nicht in erster Linie durchaus existierende Probleme in den Einwanderermilieus verhandelt werden, ist offensichtlich. Die derzeitige Anti-Muslim-Debatte geht einher mit einer tiefen Verunsicherung der bürgerlichen Mitte, die sich um ihre soziale, politische und kulturelle Identität sorgt. Spätestens seit der Ernüchterung im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der New Economy 2002 und der damit einhergehenden Geldvernichtung breiter Schichten sowie mit dem radikalen Umbau des Sozialstaates, Stichwort Hartz IV, der vor allem den Lebensstandard der mittleren Schichten bedroht, herrscht unter diesen ein Gefühl der Angst und Depression. Es ist eine soziologische Binsenweisheit, dass soziale Gruppen in einer solchen Situation gerne auf Sündenbock-Konstruktionen zurückgreifen. Diese zu dekonstruieren und zu bekämpfen ist in diesen Tagen die zentrale zivilgesellschaftliche Herausforderung.

Eberhard Seidel, Geschäftsführer von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

3) S. die tageszeitung (taz) vom 8. April 2006.

Interessiert und verunsichert

Bericht ➡ Das *apabiz* beim 7. Schweriner Schlossgespräch mit 300 SchülerInnen zum Thema »Der Nazis neue Kleider«

Am 30. März fand im Schweriner Landtag das 7. Schweriner Schlossgespräch zum Thema »Der Nazis neue Kleider« statt. Zu der Veranstaltung im Festsaal des Schweriner Schlosses waren 300 SchülerInnen aus Mecklenburg-Vorpommern eingeladen, sich über das Thema extreme Rechte zu informieren. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Erzählungen und Gedichte der Shoah-Überlebenden Batsheva Dagan unter dem Titel »Gesegnet sei die Phantasie – Verflucht sei sie!«. Die extra für diese Veranstaltung aus Israel ange-reiste Psychologin schilderte dabei in kurzen Episoden eindrucksvoll den Alltag im Konzentrationslager Auschwitz und ihre Erinnerungen an diese Zeit. Die sehr plastischen Erzählungen haben die anwesenden SchülerInnen sichtlich bewegt und nachdenklich gemacht. Direkt im Anschluss an Frau Dagan folgte eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema rechte Dominanzkultur durch das Tanztheater »Lysistrat« des Goethe-Gymnasiums Schwerin.

Nach dieser gelungenen Vorführung gab dann unser Referent Falco Schuhmann einen kurzen

Input zum Themenfeld rechte Jugendkultur und heutigen Erscheinungsformen der extremen Rechten und leitete damit in die abschließende Diskussion über. Hier zeigte sich, dass unter den SchülerInnen ein großes Interesse für das Thema bestand und eine weitere Beschäftigung mit der Thematik – auch an den Schulen – sehr gewünscht ist. Große Unsicherheit herrschte unter den SchülerInnen in Bezug auf Kleidung und subkulturellen Background der extremen Rechten.

Am Ende der Diskussion regte die moderierende Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die anwesende Öffentlichkeit zu einer Beteiligung an den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch am 1. Mai in Rostock an und versprach weiteres Engagement zum Thema. Im Gegensatz zu manch anderer Veranstaltung in ähnlichem Rahmen stimmten hier sowohl inhaltliche und organisatorische Ausrichtung und es bleibt zu hoffen, dass sich andere Bundesländer einem derart offensiven Umgang mit der Thematik anschließen. **apabiz**

Schutz der Meinungsfreiheit gestellt. Der Verlag muss somit dulden, dass Teile seines Programms als »rassistisch«, »antisemitisch« und »rechtsextrem« bezeichnet werden, denn das Verhalten des Verlages sei »zweifellos geeignet, öffentliche Kritik auf sich zu ziehen«, so das Gericht. Exemplarisch nannte es die Tatsache, dass David Irving und Friedrich Romig zu den Verlagsautoren zählen. Der Verlag, der ein breites Sortiment mit Sparten wie Jagd, Land- und Forstwirtschaft, Geschichte und Politik unterhält und jährlich auf den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt vertreten ist, hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. ◀

Neonazis fälschen Antifa-Flugblatt

Finsterwalde • Im Vorfeld einer Antifa-Demonstration im südbrandenburgischen Finsterwalde haben Neonazis Anfang April ein gefälschtes Flugblatt in Umlauf gebracht. Darin wird unter dem Motto »Kommunismus ist sexy - Kinder auch« auf die Antifademo hingewiesen und der Eindruck erweckt, dort würde vor allem für Pädophilie und Drogenkonsum geworben werden. Unterschrieben ist das Schreiben mit »Lausitzer Antifa«. Gegen die Fälschung ist inzwischen Anzeige erstattet worden. Dies meldete das Webportal <http://www.inforiot.de>. An der Demonstration nahmen letztlich einige hundert jugendliche Antifas teil. Zu Störungen durch Neonazis kam es trotz entsprechender Ankündigungen nicht. ◀

Berliner NPD ohne Kameraden

Berlin • Für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2006 kann die NPD nicht mit spektakulären Kandidaten aufwarten. Mit der Öffnung ihrer Landesliste für die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) wird weiter an der »Volksfront von Rechts« gestrickt: Die DVU-Mitglieder MANUELA TÖNHARDT und TORSTEN MEYER belegen Platz 2 und 6 der Liste. Anders als etwa in Mecklenburg-Vorpommern gibt es jedoch keine Vertreter der Kameradschafts-Szene auf der Liste. Auffällig ist, dass alleine sieben von insgesamt 14 Kandidaten auch schon 2005 zur Wahl gestanden hatten. Mit UDO VOIGT (Platz 1) und FRANK SCHWERDT (Platz 5) kommen zwei ▶



prominente Mitglieder der Bundesführung hinzu. Neben den bereits genannten finden sich auf der Liste ECKART BRÄUNIGER (Platz 3), JÖRG HÄHNEL (4), THOMAS VIERK (7), ANDRE MARKAU (8), HANS-JOACHIM HENRY (9), KARL-H. BURKHARDT (10), IGOR MODER (11), ANDREAS STORR (12), SUSANNE SCHWEIGERT (13), MATTHIAS WICHMANN (14). ◀

Thor Steinar mit neonazistischer Symbolik

Zeesen • Im Gegensatz zur sonstigen Firmenpolitik hat die Firma MEDIATEX Bekleidungsstücke mit eindeutig rechtem Hintergrund in ihre aktuelle Kollektion aufgenommen. Nach Angaben des *Antifaschistischen Infoblattes* handelt es sich bei dem Symbol eines Adlers, der sich auf das christliche Symbol des Fisches stürzt, um ein von der extrem rechten Gruppierung DIE ARTGEMEINSCHAFT markenrechtlich geschütztes Symbol. Die mit dem Schriftzug »no inquisition« betitelten Kleidungsstücke dürften sich somit an den heidnisch geprägten Teil der rechtsradikalen Jugendkultur richten. In ähnlichem Zusammenhang war THOR STEINAR bereits vor einigen Wochen in die Schlagzeilen geraten, als die Verstrickung eines Mitarbeiters der Firma in die militante Nazi-Szene bekannt geworden war. ◀

Altes Mädels geht

Berlin • Bereits am 17. Januar ist mit URSULA SCHAFER eine der Integrationsfigur der extremen Rechten in den 1990er Jahren verstorben. Die Vorsitzende der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUBEN (BKP), dem Berliner Ableger der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT, war vor allem als Anmelderin und Organisatorin des neonazistischen Heldengedenkens im brandenburgischen Halbe in den Jahren 1991 und 1992 bekannt geworden. Die ehemalige Lehrerin verfügte über weit reichende Kontakte in das gesamte rechte Spektrum und stellte vor allem ein Bindeglied der unterschiedlichen Generationen innerhalb der NPD dar. Als Vorsitzende bis 1994 und spätere Ehrevorsitzende der BKP war sie in der organisationsübergreifenden Nachwuchsarbeit für das neonazistische Spektrum tätig. In den vergangenen Jahren war sie gelegentlich noch auf Veranstaltung vor allem ▶

»Moschee im Dörfli nee!«

Hintergrund ➔ Mobilmachung gegen den geplanten Neubau einer Moschee im Berliner Ortsteil Pankow-Heinersdorf

»Entspricht es der Wahrheit, dass Kleingartenkolonien in Heinersdorf für die Errichtung arabischer Siedlungen im Gespräch sind?« »Entspricht es der Wahrheit, dass für die Sicherung religiöser Masseneremonien auch die zeitweise Sperrung von Straßen erforderlich sein könnte?« Das mit »Anfrage an den Senat von Berlin« betitelte anonyme Flugblatt ist nur eines von mehreren Papieren, die in Berlin-Pankow kursieren, seitdem im März der geplante Neubau einer Moschee im Ortsteil Heinersdorf bekannt geworden ist.

Ende März eskalierte die Stimmung auf einer Bürgerversammlung, zu der die Pankower Bezirksverordnetenversammlung in die Turnhalle einer Heinersdorfer Grundschule geladen hatte. Eigentlich sollten dort Sachinformationen vermittelt und gemeinsam mit dem Imam und Mitgliedern der muslimischen Gemeinde vorhandene Bedenken geklärt werden. Doch dazu kam es nicht, denn auch von anderer Seite war zu der Bürgerversammlung mobilisiert worden, u. a. mit Flugblättern des Titels »Moschee im Dörfli nee!«, die an Bäumen und Bushaltestellen hingen.

Eskalation einer Bürgerversammlung

Eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn war die Turnhalle mit 500 Menschen völlig überfüllt – weitere 700 mussten draußen bleiben – und die Stimmung vor dem Gebäude kurz vor dem Siedepunkt. Mit Tränen in den Augen erklärte ein junges Mädchen, dass sie den Moscheebau nicht wolle, weil dann die Gewalt an ihre Schule käme. Die umstehenden Erwachsenen nickten nicht min-

der aufgeregt, andere brüllten wütend in Richtung Turnhalle: »Kommt raus, sonst kommen wir rein!«.

»Selbstmordattentäter«, »Fanatiker«, »Wir haben Angst!« und »Warum denn hier bei uns – hier gibt es doch gar keine Muslime!« waren nur einige der Schlagworte, die immer wieder fielen. Etwa eine halbe Stunde nach dem geplanten Versammlungsbeginn beendete die Polizei die Veranstaltung mit der Begründung, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne.

Die wenigen Anwesenden, die sich offen für das Bauvorhaben und ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Religion im Bezirk stark machten, hatten einen schweren Stand; die Hemmschwelle zwischen Verbalrassismus und tätlicher Bedrohung war fließend. Eine Frau wurde als »Vaterlandsverräterin« beschimpft, ein kurzhaariger junger Mann pöbelte drei an der Hauswand stehende Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde aggressiv an. Als mehrere Mitglieder der Gemeinde nach Ende der

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Primärquellen in der Rubrik Militaristen

Von Alte Kameraden bis Wurfpost

In unserem Bestand an Primärquellen zu rechten Gruppierungen und Strukturen nach 1945 finden sich neben den gängigen Teilbereichen, wie Parteien und Jugendkulturen, auch eine Reihe besonderer Rubriken. Dazu gehört zum Beispiel der umfangreiche Bereich der Militaristen und Soldatenverbände. Hierzu verfügen wir über 47 verschiedene Zeitschriftentitel mit insgesamt 1.134 Ausgaben sowie eine Vielzahl sonstiger Dokumente, wie etwa Einladungen und Broschüren.

Das Spektrum der Zeitschriften umfasst Blätter der zahlreichen Traditionsverbände und Truppenkameradschaften ehemaliger Wehrmachtseinheiten, wie z. B. DIE OASE vom

VERBAND DEUTSCHES AFRIKA-KORPS E. V., ebenso wie bspw. die Zeitschrift des VERBANDES DER RESERVISTEN DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR E. V. oder DAS RITTERKREUZ VON DER ORDENSGEMEINSCHAFT DER RITTERKREUZTRÄGER DES EISERNEN KREUZES E. V. Zahlreiche Ausgaben des weit verbreiteten und vielgelesenen Kioskheftes DER LANDSER und des Hochglanzmagazins DEUTSCHE MILITÄRZEITSCHRIFT (DMZ, s. *monitor* Nr. 14) komplettieren den Bestand militaristischer Zeitschriften.

Weiter Materialien zum Thema Militaristen lassen sich in den anderen Teilbereichen des *apabiz* finden, wie z. B. der Bibliothek, dem Broschürenbestand oder der Bildungsarbeit. ◀



Veranstaltung von der Polizei durch die Menge geführt wurden, skandierte diese lauthals »Haut ab, haut ab!« und schüttelte ihre Fäuste in Richtung der Muslime.

Einige erzürnte BürgerInnen betonten auf Nachfrage, dass ihre Aussagen nicht so absolut gemeint seien, und man habe ja eigentlich nichts gegen Ausländer. Aber nach Heinersdorf passe eben keine Moschee. Man wolle unter sich bleiben. Rassistische Ausgrenzung mischte sich mit Vorurteilen und Islamophobie. Auf einem vom Tag nach der Bürgerversammlung datierten anonymen Flugblatt mit dem Titel »keine Moschee in Pankow« wird vor »Neuköllner« oder »Kreuzberger Verhältnissen« gewarnt und festgestellt, die »Angst vor einem weiteren Verfall der Deutsche Wertegesellschaft« (Fehler im Original) habe »wohl kaum etwas mit rechter Gesinnung und Ausländerfeindlichkeit zu tun«. In weiteren Schriften wird vor »Unterwanderung der christlichen Gesellschaft« oder der »Ansiedlung islamistischer Bürger« gewarnt und verschwörungstheoretisch suggeriert, dass dies taktisch geplant und gewollt sei.

Überschneidungen mit der NPD

Wie viele organisierte Rechte bei der Bürgerversammlung waren, ist schwer zu sagen. In der Halle befanden sich etwa 20 Personen aus dem Parteien- und Kameradschaftsspektrum, unter ihnen der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Pankow und Mitglied der Pankower KAMERADSCHAF VEREINTE NATIONALISTEN NORDOST (VNNO), JÖRG HÄHNEL, ANDREAS THÜRSMANN VOM MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZ – SEKTION BERLIN sowie einzelne Mitglieder der rechten Rocker-Gruppierung VANDALEN. Die organisierten Neonazis griffen nicht in die Debatte ein, freuten sich jedoch über die herrschende Stimmung; eine Grenze zwischen Bürgern und den in kleinen Gruppen herumstehenden Neonazis war auf dieser Ebene nicht spürbar.

Gleichwohl wollen die meisten HeinersdorferInnen mit der NPD erklärtermaßen nichts zu tun haben. Bei den Bundestagswahlen 2005 hat die Partei hier nicht überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Doch die auf Überfremdungsängste und nationalistische Ausgrenzung zielenden Argumentationsmuster sind weitgehend identisch. Dies wurde auch auf der NPD-Demonstration sichtbar, die zwei Tage nach der Bürgerversammlung am 1. April unter dem Motto »Nein zur Moschee in Pankow« vom S-Bahnhof Wollankstraße zum S-Bahnhof Pankow zog. Auf dem Leittransparent prangte eine Moschee und eine Sprechblase mit der Aussage: »Denn heute gehört uns Kreuzberg und morgen die ganze Welt. Pankow aufgepaßt!«. Dahinter liefen etwa 130 Neonazis aus NPD und JN, dem Kameradschaftsspektrum und der Strausberger Sektion des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES. Auf der Zwischenkundgebung nahm NPD-Funktionär HÄHNEL Bezug auf die Bürgerversammlung und bekräf-



Der NPD-Aufmarsch gegen den geplanten Moscheebau in Berlin-Pankow am 1. April.

tigte, dass die Pankower nichts von dem Bauvorhaben halten würden.

Zum NPD-Aufmarsch waren die Heinersdorfer BürgerInnen allerdings nicht gekommen. Eine Handvoll von ihnen stieß zu den GegendemonstrantInnen an der Pankower Kirche, wo die BVV, das Bezirksamt, die evangelische Kirchengemeinde und das Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt zu einer Kundgebung aufgerufen hatten. Die meisten der 6.320 BewohnerInnen Heinersdorfs blieben beiden Veranstaltungen fern.

Ausblick

Der Ahmadiyya-Gemeinde, deren etwa 200 Mitglieder über die ganze Stadt verteilt leben, steht im verkehrsgünstig an der Autobahn gelegenen Ortsteil Heinersdorf harte Pionierarbeit bevor. Das Spektrum der GegnerInnen der ersten Moschee in den Ostbezirken Berlins zieht sich von der NPD über AnwohnerInnen, KleingärtnerInnen bis hin zu einer neugegründeten INTERESSENGEMEINSCHAFT HEINERSDORFER BÜRGER (IPAHB), deren 50 Mitglieder nach eigenen Angaben schon 3.000 Unterschriften gegen den Moscheebau gesammelt und am 21. April ein Bürgerbegehren beim Bezirk beantragt haben. Einen Tag vorher hatte CDU-Spitzenkandidat FRIEDBERT PFLÜGER die Aktivitäten der IPAHB ausdrücklich unterstützt. Am Tag darauf stellte sich die Pankower CDU, die in Heinersdorf vor einer starken FDP stärkste Partei ist, geschlossen hinter das Bürgerbegehren. Der kommissarische Kreisvorsitzende der Pankower CDU, RENÉ STADTKEWITZ, hatte sich bereits im März am Schüren irrationaler Ängste beteiligt. Er schrieb in einem offenen Brief, es sei deutlich geworden, »dass sich viele in Heinersdorf um den Charakter ihres Ortsteils sorgen« und es »an dieser Stelle weder den Bedarf noch die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung« gebe.

Für die Pankower Bevölkerung, AntifaschistInnen, die Ahmadiyya-Gemeinde und das Bezirksamt besteht angesichts dieser Situation trotz aller Differenzen die Herausforderung nun darin, sich klar gegen rassistische Ausgrenzung und für gegenseitige Akzeptanz und Respekt zu positionieren.

Frauke Büttner, Netzwerkstelle [moskito]

der NPD anzutreffen, deren Mitglied sie seit 1971 war. Bereits in diesen Strukturen war sie u. a. für die Bildungs- und Kulturarbeit zuständig gewesen und hatte einige regionale Parteiämter ausgeübt. ◀

Mordwelle in Russland

St. Petersburg / Moskau (Russland) • Brutale Angriffe auf MigrantInnen gehören in den großen russischen Städten inzwischen zum Alltag. Auch bekannte AntifaschistInnen und Menschenrechtsaktivisten gehören zu den ständigen Zielen neofaschistischer Gewalt. In den vergangenen Monaten sind die gezielten Mordanschläge von Neofaschisten auf MigrantInnen und AntifaschistInnen in Russland unvermindert weitergegangen.

Am 6. April wurde in St. Petersburg der 28jährige Samba Lanpsar, Aktivist der Gruppe »African Unity« und gebürtiger Senegalese, von einem Unbekannten auf offener Strasse durch einen Schuss ins Genick getötet. Lanpsar war an vielfältigen kulturellen und schulischen Aktivitäten gegen Rassismus beteiligt gewesen. Er und seine Freunde wurden nach einem Disko-Besuch, wo sie an einem interkulturellen Event teilgenommen hatten, von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Die Angegriffenen flüchteten panisch als ein



Schuss fiel, der Lanpsar tötete. Die mit einem Hakenkreuz dekorierte Pumpgun wurde später in einem Hinterhof gefunden.

Am 16. April ermordeten Nazis in Moskau den 19jährigen Alexander (Sasha) Ryuhin auf dem Weg zu einem Hardcore-Konzert. Acht Angreifer überfielen den Punk-Rocker und seinen Begleiter und stachen ihn mit Messern gezielt in Herz und Hals. Die Täter trugen Plastikhandschuhe, um keine Spuren zu hinterlassen. Der Ablauf der Tat erinnert ▶



Angetreten im Dienste der »Volksgemeinschaft«

Profil ➔ Die BEWEGUNG NEUE ORDNUNG (BNO) in Brandenburg

»Unseren Kindern zuliebe« müsse es einen kraftvollen Wahlboykott geben, forderten Flugblätter eines SCHUTZBUND DEUTSCHLAND beim Bundestagswahlkampf im vergangenen Jahr, die großflächig im nordwestlichen Teil Brandenburgs verteilt wurden. Durch einen Wahlboykott könne das BRD-System geschwächt und damit die Zukunft Deutschlands gesichert werden. Da mutet es seltsam an, dass die gleichen Leute, die so rigoros gegen den Parlamentarismus streiten, noch vor kurzem selbst bei Wahlen antraten. Bei den Landtagswahlen im Vorjahr nämlich waren sie noch unter dem Namen JA ZU BRANDENBURG auf den Stimmzetteln vertreten. Dass sie letztlich nur 0,4 Prozent der Stimmen gewannen, mag wohl den Ausschlag für die späteren Ablehnung von Wahlen gegeben haben.

Hinter dem Flugblatt-Pseudonym SCHUTZBUND DEUTSCHLAND und der Wahlliste JA ZU BRANDENBURG steckt die BEWEGUNG NEUE ORDNUNG (BNO) – eine radikal-völkische Abspaltung der NPD, die in der Prignitz die meisten ihrer Anhänger hat. Als BNO-Anführer MARIO SCHULZ, ein Landwirt aus dem Örtchen Cumlosen, noch Landesvorsitzender der NPD war, gelang es ihm, einen Sitz im Prignitzer Kreistag zu erringen. Parallel dazu wurde einer seiner Getreuen, der Mittzwanziger MATTHIAS WIRTH, in das Wittstocker Stadtparlament gewählt. Dort sind die beiden immer noch vertreten – inzwischen aber nicht mehr als NPD-sondern als BNO-Abgeordnete. Aufgefallen sind sie in den Kommunalgremien kaum – zur konstruktiven Mitarbeit fehlen Sachkompetenz und Wille. Und selbst die Gelegenheit zur Provokation wird ausgelassen.

Die Entstehung der BNO

Zum Bruch mit der NPD war es 2003 gekommen. Weil der gebürtige Bosnier SAFET BABIC auf der NPD-Liste zu den Europawahlen antreten durfte, hätte die Partei das »Abstammungsprinzip« verraten und ihr wahres Gesicht als »Systempartei« gezeigt, kritisierte MARIO SCHULZ. Gemeinsam mit dem Brandenburger JN-Chef JENS PAKLEPPA und seinem gesamten Kreisverband trat er aus der NPD aus. Am 1. Februar folgte dann die Gründung der BEWEGUNG NEUE ORDNUNG. Formulierte man zu NPD-Zeiten noch gemäßigt, wurde von nun an offen neonazistisch argumentiert. Die an das 25-Punkte-Programm der NSDAP angelehnten Grundsätze der BNO proklamieren ein »revolutionäres Bewusstsein«, um den »biologischen Bestand« des deutschen Volkes zu schützen. Das immer wieder angeführte Ziel ist der Aufbau der »Volksgemeinschaft«.

Die BNO kooperiert eng mit der BEWEGUNG DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG), die aus Südwestdeutschland stammt und ebenfalls eine radikale Abspaltung von NPD-Strukturen ist. Die

Ambitionen, sich bundesweit zu organisieren, scheinen mittlerweile jedoch ad acta gelegt zu sein. Von der vollmundig angekündigten »Platt-



Die BNO-Kader Matthias Wirth (links) und Mario Schulz.

form Neue Ordnung« ist jedenfalls schon lange nichts zu hören gewesen und der Strukturaufbau der BNO ist am stagnieren.

Fazit

So bleibt festzuhalten, dass die BNO eine im Nordwesten Brandenburgs recht gut aufgestellte Neonazi-Gruppe ist. Dort kann sie vergleichsweise ungestört und erfolgreich Politik machen und sich auf die weiterhin starke rechte Subkultur in der Region stützen. Gelegentliche Demonstrationen und in hohen Auflagen verteilte Flugblätter sind Ausdruck hiervon. Doch ihr Auftreten und ihre Inhalte sind zu eigentümlich, als dass die BNO dauerhaft überregionale Ausstrahlungskraft entwickeln könnte. Derweil hat die Landes-NPD den Austritt ihres Landesvorsitzenden und zahlreicher Einzelmitglieder in der Prignitz immer noch nicht verkräftet; personelle Schwäche und organisatorische Lähmung seit der BNO-Abspaltung konnten (noch) nicht überwunden werden.

Johannes Klimke



an den Überfall auf Timur und seinen Begleiter. Deshalb gehen Beobachter davon aus, dass es Planungen oder zumindest Absprachen gegeben hat. Auf den Internetseiten der Freiheitspartei kursieren nach einem Bericht von afp Aufrufe zum »Verprügeln von Negern«. Kommentar nach dem Tod von Samba Lanpsar: »Das Aufräumen geht weiter«. ◀

»Kein Bock auf Nazis« DVD erschienen

Berlin • Im April ist die DVD »Kein Bock auf Nazis« - eine Kooperation des APABIZ und der Punkband ZSK erschienen. Die DVD richtet sich an Jugendliche und soll zum Engagement gegen Rechts ermutigen. Auf der DVD sind Interviews mit verschiedenen Künstlern wie Die Toten Hosen, Die Ärzte, Muff Potter, etc. Die Musiker berichten darin von ihren persönlichen Erfahrungen mit Neonazis und schildern ihr eigenes Engagement.

Daneben gibt es Berichte von vier Projekten gegen bestimmte Erscheinungsformen der extremen Rechten.



So berichtet die »We will rock you« Kampagne über das Vorgehen gegen Naziläden und den Umgang mit rechtem Lifestyle. Ein Vertreter von unserem Projekt »Turn it down« schildert unsere Erfahrungen im Umgang mit Rechtsrock und die Aktivitäten dagegen. ▶



Black Metal von innen

Rezension ➔ Dornbusch, Christian; Killguss, Hans-Peter: »Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus«. rat – reihe antifaschistischer texte, UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 2005.

Galt der Black Metal vielen bisher nur als okkult angehauchte Jugendkultur mit starkem Hang zum Satanismus – ohne sich dabei in politische Gefilde zu begeben – so muss diese Betrachtungsweise nach dem Studium des hier vorliegenden Werkes teilweise überdacht werden. Die Autoren Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss widmen sich in »Unheilige Allianzen« auf über 350 Seiten alleine dieser Jugendkultur und versuchen in akribischer Quellenarbeit neonazistische Einflüsse und Netzwerke im Black Metal aufzudecken. Das ausreichend bebilderte Werk ist zusätzlich mit mehreren Registern ausgestattet und hat somit auch als Nachschlagewerk einen hohen Praxiswert.

Unterwanderung von innen

Neben den bloßen Fakten liefern die Autoren umfangreiche Einschätzungen und zeichnen mit einem immensen Detailwissen im ersten Teil des Werkes die Geschichte des Black Metals und die schon früh entstandenen Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte nach. Es gelingt den Autoren, ein grundlegendes Verständnis für die Grundwerte dieser Jugendkultur zu vermitteln und auch die wichtigsten Protagonisten und Bands kurz vorzustellen. So sollten auch Leser ohne ein fundiertes Wissen über diese Musikrichtung nach Lektüre dieses Teils auf ein solides Wissensfundament zurückgreifen können. Dabei erliegen die Autoren nicht der Versuchung, sich an jedem noch so kleinen Indiz

für eine rechte Prägung abzuarbeiten, sondern zeigen eine systematische Unterwanderung der Szene seit den 1990er Jahren durch eine sich selbst NS-BLACK METAL (NSBM) nennende Strömung auf.

Im zweiten Teil wird ein besonderes Augenmerk auf die für rechte Einflüsse wesentlichen Felder Satanismus und Heidentum gelegt. Bieten diese doch in ihrer gemeinsamen Ablehnung christlichen und jüdischen Glaubens eines der zentralen Einfallstore: den Antisemitismus. So haben viele rechte Bands Texte im Programm, die die dem Black Metal immanente Feindschaft zur Kirche geschickt für antisemitische Agitation nutzen. Doch selbst der Satanismus wird nur benutzt: Gerade im NSBM wird er als Gegenentwurf zum Prinzip der Rasse gesehen, propagiert er doch das Recht des Stärkeren auf individueller Basis anstatt auf einer Kollektiven. Auch eine der Grundfesten des Black Metals an sich, die unreflektierte Faszination für Krieg, Zerstörung und Gewalt, wird beleuchtet und kritisch hinterfragt.

Im dritten großen Abschnitt geht es um den NSBM selber. Es werden Bands benannt und Texte analysiert. Schwerpunkte werden vor allem in Thüringen ausgemacht und das gut strukturierte internationale Netzwerk von Bands, Labels und Fans aufgezeigt. Neben allen politischen und kulturellen Komponenten, die in diesem Geflecht die Hauptrolle spielen, lässt sich mit NSBM heutzutage auch richtig Kasse machen. Wenn dann, wie in diesem Teil anschaulich aufgezeigt, auch noch politische und kommerzielle Interessen vermennt werden, steht einer schnellen Ausbreitung dieser Jugendkultur nicht viel im Wege.

Fazit

Das Buch hat das Zeug zum Standardwerk im Bereich Rechtsrock. Es besticht durch eine Fülle von Details, die sich auch in der Zahl von 1.100 Fußnoten niederschlagen. Der Spagat zwischen wissenschaftlicher Herangehensweise und einem auf Praxistauglichkeit ausgerichteten Schreibstil ist gut gelungen. Um auch ein Standardwerk im Bereich Rechtsextremismus zu werden, fehlt ein wenig die Beleuchtung der Relevanz und Einflüsse des NSBM und seiner Protagonisten in der extremen Rechten.

Falco Schuhmann

In der Mitte der DVD befindet sich die Dokumentation »Wir erobern die Städte vom Land aus«, in der exemplarisch die Versuche der NPD dargestellt werden, an Schulen fuszuzufassen und Jugendliche für ihre Aktivitäten zu gewinnen.

Die DVD kann kostenlos auf der Homepage www.keinbockaufnazis.de bestellt werden, oder im APABIZ abgeholt werden. Unsere Fördermitglieder und UnterstützerInnen halten die DVD schon mit Erhalt dieser Ausgabe des monitors in den Händen. ◀

Fight Back 03

Berlin • Im März ist zum dritten Mal die Antifa-Broschüre *fight back* über Neonazi-Strukturen in Berlin und Brandenburg erschienen. Wie in den vergangenen Ausgaben der Jahre 2001 und 2003 finden sich neben Beiträgen über verschiedene Berliner Stadtteile auch eine Reihe von inhaltlichen Artikeln. Im Blickfeld stehen diesmal die Stadtteile Rudow, Treptow, Friedrichshain und Pankow, die in der letzten Zeit nicht nur verstärkt Orte von rechten Angriffen waren, sondern auch Organisationsschwerpunkte darstellen, sowie die aktuelle Entwicklung in Potsdam und der Kleinstadt Königs-Wusterhausen. In einer Reihe von Artikeln werden u.a. die wichtigsten Neonazi-Strukturen, wie die KAMERADSCHAFTEN TOR und SPREEWACHT, aber auch die Berliner NPD sowie das Konzept der »Autonomen Nationalisten« und die gemeinsamen Geschäfte von Neonazis, Rockern und Hooligans näher beleuchtet. Das kostenlose Heft ist über fightback@no-log.org zu bestellen. ◀

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!





Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des *apabiz* e. v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz* e. v. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

ffügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Paxton, Robert O.: »Anatomie des Faschismus«. Deutsche Verlagsanstalt, München 2006.*

In einer vergleichenden Studie analysiert der Autor, wie der Faschismus in den verschiedenen europäischen Ländern in Aktion trat, unter welchen Bedingungen er mächtig werden konnte und welche Gefahr heute von ihm ausgeht.

• *Sösemann, Bernd (Hg.): »Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft«. Deutsche Verlagsanstalt, München 2002.*

Der Band beinhaltet eine verständliche Einführung über den Nationalsozialismus als Hilfe bei der Orientierung in der Literatur, vorgelegt von führenden deutschen Historikern anhand des aktuellen Forschungsstandes. Neben Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik werden unter anderem Propaganda, Universitäten, Widerstand und die Situation der Frauen behandelt.

• *gruppe offene rechnungen (Hg.): »The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden«. Unrast Verlag, Münster 2003.*

Im Zentrum stehen überlebende ZwangsarbeiterInnen, ihre Erinnerungen und Erfahrungen mit der deutschen Nicht-Entschädigungspraxis. Daneben wird die Geschichte der Erinnerungs- und Entschädigungsverweigerung der deutschen Gesellschaft und die Verfestigung antisemitischer Stereotype in der Öffentlichkeit kritisch beleuchtet.

• *Wagenknecht, Regine (Hg.): »Judenverfolgung in Italien 1939-1945«. Parthas Verlag, Berlin 2005.*

Die Geschichte der Judenverfolgung in Italien wurde Jahrzehnte in der Öffentlichkeit Italiens wenig wahrgenommen. Auch deshalb legen hier der Verfolgung Entkommene, u. a. Giorgio Bassani, Elsa Morante, Natalia Ginzburg und Primo Levi, autobiographische und literarische Zeugnisse ab.

• *Canaris, Ute (Hg.): »Musik // Politik. Texte und Projekte«. Kamp Verlag, Bochum 2005.*

Was hat Musik mit Politik zu tun? An ausgewählten Beispielen macht der Band deutlich, dass Musik und Politik keineswegs unterschiedlichen Welten entstammen und wie vielfältig sich musikalische Praxis in politisch-gesellschaftlichen Kontexten zeigt: als Teil von Erinnerungskultur, als RECHTSROCK oder Rock gegen Rechts.

• *Praunheim, Rosa von: »männer helden schwule nazis«. DVD absolut Medien, Berlin 2006.*

Der Film porträtiert schwule Männer, die offen rechts sind, Aussteiger, die von ihrer Faszination für Uniformen und Männerrituale erzählen, und befasst sich mit SA-Führer Ernst Röhm und anderen schwulen Nazi-Größen. Die DVD enthält zusätz-

lich auch drei Porträts von Schwulen, die Konzentrationslager überlebten. Die Recherchen hatten die Filmemacher u. a. auch ins *apabiz* geführt.

• *Greger, Nick W.: »Verschenkte Jahre«. Exit-Deutschland, Berlin 2005.*

Eine weitere Aussteigergeschichte eines Neonazis, der nicht so bedeutend war, wie er sich darstellt.

• *Kershaw, Ian: »Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg«. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005.*

Der britische Historiker setzt sich in seinem letzten Buch mit den Beziehungen Großbritanniens und Deutschlands unter Hitler in den dreißiger Jahren auseinander. Im Mittelpunkt steht der ehemalige Minister Lord Londonderry als prominenter Fürsprecher von Hitlers Politik im Königreich. Zur Bearbeitung dieses Aspekts der Geschichte des Nationalsozialismus wurden u. a. zahlreiche Privatdokumente von Londonderry herangezogen.

• *Helas, Horst; Rubisch, Dagmar (Hg.): »Rechtsextremismus in Deutschland«. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006.*

Die Publikation dokumentiert die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Rechtsextremismus.

• *Andromeda – Science Fiction Magazin: »Wie faschistisch ist die Fantasy? Eine Themenarbeit am Beispiel Christian Worch«. Ausgabe 136/137, Januar 1996.*

Der Neonazikader CHRISTIAN WORCH ist nicht nur eine der bekanntesten Personen im Neonazi-Spektrum, sondern auch ausgewiesener Science-Fiction-Fan. In der Ausgabe der Zeitschrift des Science-Fiction-Club Deutschland aus 1996 sind nicht nur einige von WORCH verfasste Geschichte abgedruckt, sondern auch ein Interview mit ihm. In einigen Artikel wird versucht, sich dem Thema Fantasy und Faschismus zu nähern und die Diskussion in der SF-Szene dokumentiert.

• *Dietzsch, Martin u. a.: »Nation statt Demokratie. Sein und Design der Jungen Freiheit«. Edition DISS, Duisburg 2004.*

• *Kellershohn, Helmut (Hg.): »Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit«. DISS, Duisburg 1994.*

Zwei Bücher, die auf einer längerfristig angelegten, genauen Untersuchung der JUNGEN FREIHEIT (JF) basieren. Sie zeigen auf, dass die Selbstdarstellung des Blattes als »konservativ« nicht zutrifft, sondern vielmehr eine der Tradition des Völkischen Nationalismus verpflichtete programmatische Orientierung gegeben ist.